



# Österreichischer Städtebund

13/SN-125/ME

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Einkommensteuergesetz 1972  
und das Investitionsprämiengesetz  
geändert werden

Wien, am 20. Feb. 1985  
947-5-86/85  
Bucek/Ha  
Klappe 2236

An die  
Parlamentsdirektion  
  
Parlament  
1017 Wien

ZL 79 131985

Datum: 26. FEB. 1985
Verteilt 1985-02-27 Seite

*Dr. Wasserbauer*

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 16. Jänner 1985,  
Zahl: GZ 14 0401/2-IV/14/85, vom Bundesministerium für  
Finanzen übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Einkommensteuergesetz 1972 und das Investitions-  
prämiengesetz geändert wird, gestattet sich der Österreichische  
Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme  
zu übersenden.

Beilage

*Friedrich Slovak*

i.V.  
(Dr. Friedrich Slovak)



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

Kl. 2236

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Einkommensteuergesetz 1972  
und das Investitionsprämiengesetz  
geändert werden

Wien, 20. Februar 1985  
Bucek/G 947-5/86/85

An das  
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 4  
1015 Wien

Zu dem mit Note vom 16. Jänner 1985, GZ. 14 0401/2-IV/14/85, über-  
sandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Einkommensteuer-  
gesetz 1972 und das Investitionsprämiengesetz geändert werden,  
erlaubt sich der Österreichische Städtebund mitzuteilen, daß  
hiegegen keine Einwendungen grundsätzlicher Art erhoben werden.

Die im Entwurf (§ 8 Abs. 5 EStG 1972) vorgesehene Einführung  
einer Bestimmung, wonach eine Bescheinigung der energiewirt-  
schaftlichen Zweckmäßigkeit der Anschaffung oder Herstellung  
eines Wirtschaftsgutes notwendig ist, bringt jedoch in der vor-  
liegenden Form einen enormen Verwaltungsaufwand der betroffenen  
Energieversorgungsunternehmen mit sich, da nahezu alle neuen  
Anlagen und Anlagenteile dieser Unternehmen von der Bescheinigungs-  
pflicht betroffen wären.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der  
Parlamentsdirektion übermittelt.

i.V.

(Dr. Friedrich Slovak)